

## Wahlprüfsteine Bundestagswahl 2017

- Wie stehen Sie zur geforderten Steigerung der Rüstungsausgaben auf 2% des Bruttoinlandsproduktes?
- Wie stehen Sie zu Rüstungsexporten in Spannungsregionen und in Staaten, die Menschenrechte verletzen?
- Sind Sie bereit, in konkreten Fällen aktiv an zivilen Konfliktlösungen zu arbeiten?
- Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass Firmen, die Rüstungsgüter produzieren, Anreize bekommen, auf zivile Produktion umzustellen?

CDU			
<b>Antje Tillmann</b> (gewählt)	Ja zum 2 % -Ziel, begründet mit dem NATO-Beschluss von 2014 und veränderter Sicherheitslage	Exportpolitik der Bundesregierung ist restriktiv und verantwortungsvoll, Bundessicherheitsrat ist effektives Kontrollgremium.	Verweis auf die Leitlinien der Bundesregierung „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen“. Deutschland soll sich verstärkt in friedenserhaltenden Missionen der VN engagieren
<b>Tankred Schipanski</b> (gewählt)		Der überwiegende Teil der dt. Rüstung wird in Länder der EU und der Nato exportiert, für Drittstaaten gelten strenge Regeln	
<b>Manfred Grund</b> (gewählt)			
<b>Albert Weiler</b> (gewählt)	Rüstungsausgaben sollten so niedrig wie möglich gehalten werden, es muss aber auch an die Einhaltung internationaler Abkommen appelliert werden	Keine Antwort	Keine Antwort

SPD			
<b>Christoph Matschie</b> (gewählt)	2 % des BIP entspräche Verdoppelung derzeitigen Ausgaben und würde mehr als 70 Md. Euro pro Jahr für die deutsche Rüstungs- und Verteidigungspolitik bedeuten. Das lehnt die SPD ab.	Ablehnung von Rüstungsexporten in die beschriebenen Regionen, für eine bessere Prüfung der Waffenexporte.	SPD sieht in ziviler Konfliktbewältigung stets die bessere Lösung. Militärisches Vorgehen unter UN-Mandat darf nicht ausgeschlossen werden.
<b>Michael Klostermann</b>		Lehnt Rüstungsexporte in Krisenregionen und Staaten, die die international normierten Menschenrechte nachweislich verletzen, kategorisch ab.	Sofern der Wunsch an ihn herangetragen würde, sich als Bundestagsabgeordneter um zivile Konfliktlösungen zu bemühen, würde er sich entsprechend engagieren.

## Wahlprüfsteine Bundestagswahl 2017

- Wie stehen Sie zur geforderten Steigerung der Rüstungsausgaben auf 2% des Bruttoinlandsproduktes?
- Wie stehen Sie zu Rüstungsexporten in Spannungsregionen und in Staaten, die Menschenrechte verletzen?
- Sind Sie bereit, in konkreten Fällen aktiv an zivilen Konfliktlösungen zu arbeiten?
- Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass Firmen, die Rüstungsgüter produzieren, Anreize bekommen, auf zivile Produktion umzustellen?

<b>DIE LINKE.</b>			
<b>Martina Renner</b> (gewählt)	Lehnt jede weitere Steigerung des Rüstungsetats ab	Lehnt Rüstungsexporte ab	„Deutsche Verantwortung in der Welt“ kann nur Verantwortung für Abrüstung und friedliche Konfliktlösungen sein.
Ralph Lenkert (gewählt)			Bedingungen für zivile Konfliktlösung müssen deutlich zu verbessert werden.
Sigrun Hupach			Bereit, in konkreten Fällen aktiv an zivilen Konfliktlösungen zu arbeiten
Frank Tempel		Umfassendes Produktionsverbot ist das beste Mittel zur Eindämmung und Verhinderung von Rüstungsexporten	Prinzipiell bereit, in konkreten Fällen aktiv an zivilen Konfliktlösungen zu arbeiten

<b>Bündnis 90 / Die Grünen</b>			
<b>Katrin Göring-Eckardt</b> (gewählt), <b>Roberto Kobelt,</b> <b>Stephanie Erben,</b> <b>Andreas Leps,</b> <b>Andreas Hundermark,</b> <b>Matthias Schlegel,</b> <b>Stephanie Kespohl,</b> <b>Olaf Müller</b> gemeinsame Antwort	Lehnen Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf 2% des Bruttoinlandsproduktes und ein neues Wettrüsten ab.	Wollen strenges Rüstungsexportkontrollgesetz, das gesetzlich untersagt, Waffen in Krisenregionen oder an Staaten, die die Menschenrechte massiv verletzen, zu liefern.	Zivile Krisenprävention und zivile Konfliktbearbeitung sind zentrale Anliegen grüner internationaler Politik.

## Wahlprüfsteine Bundestagswahl 2017

- Wie stehen Sie zur geforderten Steigerung der Rüstungsausgaben auf 2% des Bruttoinlandsproduktes?
- Wie stehen Sie zu Rüstungsexporten in Spannungsregionen und in Staaten, die Menschenrechte verletzen?
- Sind Sie bereit, in konkreten Fällen aktiv an zivilen Konfliktlösungen zu arbeiten?
- Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass Firmen, die Rüstungsgüter produzieren, Anreize bekommen, auf zivile Produktion umzustellen?

<b>FDP</b>	keine Rückantwort
------------	-------------------

<b>AfD</b>			
<b>Stephan Brandner</b> (gewählt)	Die Rüstungsausgaben müssen steigen, damit Deutschland ohne fremde Hilfe verteidigungsfähig bleibt	Gegen Exporte in solche Regionen/Staaten. Aber: Sinnvoll ist ein deutsches „Heraushalten“ nur dann, wenn sich alle maßgeblichen Exportstaaten genauso verhalten, also nicht Dritte Deutsche „Ausfälle“ kompensieren. Einzelfallprüfung	Ja
<b>Denny Jankowski</b>	Beim derzeitigen Zustand der Bundeswehr müssen Rüstungsausgaben auf jeden Fall kurzfristig steigen, um den Investitionsstau der letzten Jahre zu kompensieren.	Ist gegen Exporte in solche Regionen und Staaten, bezweifelt allerdings, dass sich andere Exportstaaten ähnlich verhalten. Einzelfallprüfung	Ja. Es muss immer die Aufgabe der Politik sein friedliche Lösungen für Konflikte zu finden.